

BlackRock vergiftet die Umwelt und ruiniert Länder: Das Beispiel Argentinien

25 Sep. 2022 08:28 Uhr

Auf der BlackRock-Konferenz zeigte die Journalistin Gaby Weber, wie sich Investitionen des Vermögensverwalters auf Wirtschaft und Umwelt auswirken. Am Beispiel der verlorenen Souveränität in Argentinien und des Fischsterbens in der Oder führte sie in die menschlichen und ökologischen Kosten der Profitmacherei ein.



Quelle: www.globallookpress.com © Boris Roessler / dpa
Greenpeace protestiert gegen Blackrock 3.02.2020

Von Regina Schwarz

Auf der [BlackRock-Konferenz](#) am 16. und 17. September an der Universität Potsdam zeigte die [Journalistin](#) Gaby Weber Ausschnitte aus ihrem [Dokumentarfilm](#) "Einsam und bereits besiegt – der Niedergang Argentiniens". Am Beispiel Argentiniens legt die Dokumentation dar, wie der [Vermögensverwalter BlackRock](#) die Politik und die Wirtschaft eines ganzen Landes bestimmt. Durch die Ausbeutungs- und Verarmungspolitik leben in Argentinien mittlerweile 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Im Interview mit *RT DE* erklärte die Journalistin zunächst, wie BlackRock zur Verelendung großer Teile der argentinischen Bevölkerung beigetragen hat. Angefangen habe diese Entwicklung unter der Militärdiktatur in den siebziger Jahren, als sich das Land verschuldete und mittels Auflagen von IWF-Krediten dazu gebracht wurde, die soziale Daseinsfürsorge und die staatliche Infrastruktur einschließlich des Gesundheits- und Bildungswesens immer mehr aufzugeben. Diese Kreditauflagen sind auch als sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen bekannt.

Neben den Auslandsschulden, die das reiche Argentinien laut Weber gar nicht haben machen müssen, hätten korrupte Politiker zusätzlich dafür gesorgt, dass die Reichtümer des Landes immer mehr den privaten Konzernen und ihren superreichen Aktionären überlassen worden seien. Das Land sei durch Schulden, die es durch jahrelange Bedienung tatsächlich schon mehrfach zurückgezahlt habe, immer tiefer in die Schuldenfalle und in die Abhängigkeit geraten. Ursprünglich sei das Geld an private Banken geflossen.

"Erst in den letzten Jahren, sind deregulierte Vermögensverwalter wie BlackRock so mächtig geworden und haben immer größere Anteile der involvierten Konzerne und Banken erworben", so die Journalistin.

Mittlerweile stehe die Souveränität des Landes vollkommen auf der Kippe. Die vorige argentinische Regierung habe ein Dekret unterzeichnet, worin sie im Falle von Zahlungsverzug auf ihr Recht an den Naturvorkommen verzichtete bzw. der Pfändung ihrer Naturvorkommen zustimmte. Die Bodenschätze des Landes würden dann in den Besitz der Kreditgeber übergehen. Ob dieses Dekret verfassungskonform ist, sei fraglich, und auch an der Durchsetzung bestünden erhebliche Zweifel. Aber das Dekret werfe ein bezeichnendes Bild darauf, mit welchen Methoden diese Finanzhaie vorgehen.

Als Argentinien die Pfizer-Impfstoffe kaufen wollte, habe der Pharmakonzern laut Aussage der Regierung versucht, als Bürgschaft Fischereirechte für bestimmte ertragreiche Gewässer zu bekommen. Er habe dazu sogar das Eigentum an einem Gletscher gefordert, weil man dort Goldvorkommen vermutete, so die Regierung. Der größte Anteilseigner von Pfizer – wie übrigens auch von Moderna – ist auch in diesem Falle BlackRock.

Der Kapitalverwalter ist jeweils auch der größte Anteilseigner der Pharmariesen BASF, Dow Chemical und BAYER-Monsanto. Durch politische Einflussnahme seien in Argentinien inzwischen 20 Millionen Hektar Land mit gentechnisch manipuliertem Saatgut und den passenden Pestiziden der Agrarkonzerne, wie Glyphosat von Monsanto, verseucht. Gentechnikfreie Sojabohnen gäbe es in dem lateinamerikanischen Land überhaupt nicht mehr. Auch der Mais sei weitestgehend betroffen. Aktuell habe es zudem noch eine Zulassung für GMO-Weizen gegeben.

Neben der Boden- und Wasservergiftung durch Glyphosat stelle auch der Ausfall versprochener Erträge ein großes Problem dar. Zudem müssten die vom Saatgut abhängig gemachten Bauern im Laufe der Zeit immer mehr Pestizide einsetzen, weil die Unkräuter Resistenzen entwickelten. Sie müssten also immer mehr Geld für Pestizide ausgeben, obwohl die versprochenen Erträge und Einnahmen immer geringer würden.

Dabei wirbt BlackRock bei den Anlegern mit angeblicher Nachhaltigkeit seiner Investitionen. Wie Weber am Beispiel der Agrarkonzerne, bei denen der Vermögensverwalter jeweils die größten Anteile besitzt, deutlich macht, trägt BlackRock aber in Wirklichkeit in der Landwirtschafts- und Ernährungsbranche zugunsten seiner superreichen Profiteure zur weltweiten Vergiftung von Böden und Nahrungsmitteln bei.

In ihrem Redebeitrag auf der Konferenz erläuterte Weber auch noch ein ganz aktuelles Beispiel der BlackRockschen Umweltverseuchungspraxis in Deutschland:

Als im Juli und August das große Fischsterben in der Oder stattfand, habe man kurz nach Beginn der Öko-Katastrophe in den Medien noch lesen können, es seien um ein Vielfaches erhöhte

Quecksilberwerte im Wasser gemessen worden. Doch schon nach ein paar Tagen entstand der Eindruck, dass Ursache und Verursacher der Flussverseuchung scheinbar nicht ermittelt werden konnten, jedenfalls gab es dazu keine konkreten Berichte.

Nach Webers [Recherchen](#) habe das Fischsterben in der Oder ungefähr 20 Kilometer hinter dem größten europäischen Kohlekraftwerk PGE in Opole (Oppeln) begonnen. Deshalb forschte sie nach, ob es zeitnah zur Öko-Katastrophe zu Unfällen im Kraftwerk gekommen war. Es sei bekannt, so die Journalistin in ihrem Vortrag, dass in Kohlekraftwerken Quecksilber produziert würde. Sie erhielt

"Informationen, wonach es im zeitlichen Zusammenhang mit dem Fischsterben, interne Schadensmeldungen im Kraftwerk gegeben hat. Es seien in der Zeit mehrere Unfälle passiert".

Die Unfälle habe das Unternehmen bei ihren Recherchen vor Ort auch eingestanden. Unter anderem sei es zu einer Überhitzung eines recht neuen Boilers von General Electric gekommen, noch innerhalb der Garantiezeit der Maschine.

Erstaunlicherweise seien aber die zuständigen Behörden – nicht in Deutschland und in Polen sowieso nicht – an der Geschichte interessiert gewesen. Wie Weber feststellte, ist nach dem polnischen Staat der Vermögensverwalter BlackRock der zweitgrößte Anteilseigner am polnischen Kohlekraftwerk.

"Offenbar haben die superreichen Aktionäre trotz BlackRocks Nachhaltigkeitsanspruch und -kampagne überhaupt kein Problem damit, mit der dreckigen Kohle saftige Profite einzufahren. Flussverseuchungen, Fischsterben und Öko-Katastrophen passen dagegen nicht so recht ins Image."

Neben den Lobbyisten Sorge hier vielleicht der Umstand, dass BlackRock und Co-Aktionäre bei den deutschen Leitmedien (*Welt, Bild*) investiert sind, mit dafür, dass der Verseuchungsverursacher unter den Tisch gekehrt werden könne bzw. angeblich bis heute [nicht gefunden](#) werden konnte. Und dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen längst andere Prioritäten als den Umweltschutz hat, zeigte sich bei dem Fischsterben in der Oder besonders deutlich.

Die Journalistin habe die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke um ein Interview gebeten und auch ihre Recherche-Ergebnisse über die Vorkommnisse im PGE Kohlekraftwerk zur Verfügung stellen wollen. Doch die Umweltministerin der Grünen, also der Partei, die sich einst zum Schutz der Umwelt gegründet hatte, sei nicht interessiert gewesen. Im Interview kommentiert Weber die einstige Friedens- und Umweltschutzpartei:

"Den Pazifismus haben die Grünen schon in die Mülltonne getreten, jetzt auch noch die Ökologie!"

Auf dem Abschlusspodium der BlackRock-Konferenz stellten die beteiligten Referenten einen Forderungskatalog auf, der noch veröffentlicht wird. Am Ende des Gesprächs fasste die Journalistin ihre eigenen Forderungen zum künftigen Umgang mit der Finanzorganisation zusammen:

1. Die Bundesregierung müsse sich dringend einen Überblick verschaffen, in welche deutschen Firmen BlackRock investiert habe. Das diene der Transparenz und wäre grundsätzlich möglich, schließlich habe die Schweiz dies vor einiger Zeit auch durchgeführt.

2. Der deutsche Gesetzgeber solle dafür sorgen, dass bei Aktiengeschäften Namensaktien eingeführt würden, anstatt der bisher erlaubten Inhaberaktien. Bei Namensaktien würde man erfahren, wer die tatsächlichen Anteilseigner bei den Unternehmen wären, was BlackRock aktuell mittels Inhaberaktien verschleiern würde.

"Mit Namensaktien würde transparent, welche konkreten Personen von der Umweltverseuchung profitieren, und auch die Finanzbehörden würden sich über diese Informationen freuen."

3. "Die Bundesregierung soll über einen anderen Zahlungsmodus beim internationalen Handelsaustausch nachdenken. Die rohstoffproduzierenden Länder fordern schon lange eine Abkehr vom US-Dollar als der internationalen Handelswährung."

Auch der Austausch auf Kompensationsebene sei denkbar. So könnte Deutschland beispielsweise Maschinen gegen Futtermittel tauschen oder Zahlungen mittels eines Währungskorbes tätigen, nicht über den US-Dollar.

*Die Publizistin **Gaby Weber** lebt und arbeitet in Buenos Aires. Ein Schwerpunkt ihrer Publikationen liegt auf der internationalen Politik. Mehr Informationen finden Sie auf Webers [Internetseite](#).*

Zu ihren Büchern gehört "Daimler-Benz und die Argentinien-Connection: von Rattenlinien und Nazigeldern", "Eichmann wurde noch gebraucht".